

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Herbst 2014

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

seit dem 1. November ist die neue Europäische Kommission im Amt, der Weg dahin führte durch das Parlament. In Anhörungen haben wir den Kommissaren auf den Zahn gefühlt. Auf die Impulse durch die neue Kommission bin ich gespannt.

Die Planungen zur PKW-Maut beschäftigen gerade das Münsterland als Grenzregion zu den Niederlanden. Hier hat es in den letzten Wochen einiges an Bewegung gegeben. Ein gutes Signal ist, dass der kleine Grenzverkehr auf den Landstraßen nicht von der Maut betroffen sein wird. Die Bevölkerung und die Wirtschaft in den Grenzregionen dürfen nicht unter der Maut leiden!

In den nächsten fünf Jahren werde ich mich dafür einsetzen, dass die Kommission ihre Ankündigungen zum Bürokratieabbau wahr macht und setze meine Hoffnungen auch in den Deregulierungskommissar Frans Timmermans. Ein erster Schritt wäre ein Frühwarnsystem für auf EU-Ebene unnötige Mittelstands-, Umwelt- und Sozialgesetzgebung. Denn vieles ist unter den Mitgliedsstaaten der EU zu verschieden, als dass eine einheitliche Lösung für alle sinnvoll wäre.

Nur ein Europa mit starken Regionen, das echten Mehrwert für die Bürger bringt, ist ein starkes Europa. Dafür arbeite ich!

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu



Werden Sie mein Freund bei Facebook:
www.facebook.com/markus.pieper

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel

Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05

markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Herbst 2014

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	4
Veränderte PKW-Maut findet Unterstützung in Brüssel.....	4
Aus den Europäischen Institutionen	5
Harmonisierung der Städteklassifizierung	5
Territoriale Zusammenarbeit.....	5
Sitzungskalender des Parlamentes	6
Urheberrechte.....	6
Bürokratiestopp.....	7
EU in Zahlen	7
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	8
Luft- und Lärmmessung durch Jedermann.....	8
Düngermittel - Phosphor.....	8
Lebensmittel - App.....	9
Neue Recycling-Ziele.....	9
Lebensmittelsicherheit - Schnellwarnsystem.....	10
Umweltfreundliche Beschaffung	10
Baumaschinen	11
Junglandwirte.....	11
Pferdepass - strengere Regeln.....	12
Wirtschaft, Energie, Verkehr	13
Kohäsionsbericht	13
App für Verkehrsvorschriften	13
Verkehrsdelikte	14
Binnenmarkt - Hindernisse	14
Meeresbodenkartierung.....	15
Logistikranking.....	15
Energieeffizienz	16
Breitband - Netzwerkgemeinschaften.....	17
Tankstellen	18
Förderung und Termine	19
Gruppenfreistellungsverordnung - Kommunalbereich	19
EU - Finanzierungsportal	19
Verwaltung - Digitalisierung	20
Bildung und Soziales	21
Strategiepapier Kulturerbe.....	21
Qualifikationspass für Gastgewerbe.....	21

Erasmusprogramm wächst.....	22
Erasmus „zahlt“ sich aus	22
Studentenvisum	23
Patientenportal – EU Ausland.....	23
Sicherheit.....	24
EU-Staatsanwaltschaft	24

Thema des Monats

Veränderte PKW-Maut findet Unterstützung in Brüssel

Aber Harmonisierung der nationalen Mautsysteme gefordert

Der Europaabgeordnete Markus Pieper (CDU) sieht den neuen Entwurf der PKW-Maut im Einklang mit europäischen Vorgaben. „Gegenüber dem ursprünglichen Konzept hat es grundlegend Bewegung gegeben. Es gibt auch Signale aus der Kommission, die dies anerkennen“, so Pieper. Er geht davon aus, dass die Europäische Kommission im offiziellen deutschen Gesetzgebungsverfahren keine grundsätzlichen Änderungen einfordern wird.

Durch die Beschränkung der PKW-Maut für Ausländer einzig auf Autobahnen seien „kleine Grenzverkehre“ nicht betroffen, was in den Grenzregionen für eine Erleichterung sorgt. Dies hatten die CDU-Europaabgeordneten aus NRW gefordert. Zudem werde der Maut-Grundsatz der verursachergerechten Infrastrukturfinanzierung in den zuständigen Generaldirektionen der Kommission (Wettbewerb und Verkehr) grundsätzlich positiv bewertet. Bislang, so Pieper, fehle in vielen Mitgliedsstaaten die rechtliche Möglichkeit, oder auch einfach die Disziplin, Einnahmen etwa aus KFZ- und Mineralölsteuer tatsächlich bindend in die Verkehrsinfrastruktur zurückfließen zu lassen.

Problematisch bleibe jedoch, dass der deutsche Vorstoß den Maut-Flickenteppich in der EU noch unübersichtlicher mache und jetzt etwa auch die Niederländer oder Belgier auf den Plan rufe. In der gestrigen Anhörung im Verkehrsausschuss forderte Pieper deshalb eine technische Harmonisierung bestehender Ansätze. Bei einem einheitlichen Mautsystem könnte den Mitgliedsstaaten ein Heberecht für eigene Einnahmen zukommen. Ein bestimmter Anteil sollte jedoch auch in Vorhaben von gesamteuropäischer Bedeutung entlang europäischer Verkehrsachsen (Grenzregionen, Lückenschlüsse) fließen. Für die Vergabe dieser Gelder hätte dann die Kommission die Verantwortung, so Pieper.

Aus den Europäischen Institutionen

Harmonisierung der Städteklassifizierung

Ein aktuelles Papier der EU-Kommission sieht eine neue Klassifizierung von Städten und ländlichen Räumen vor. Es werden drei Kategorien gebildet:

- Städte = dichtbesiedelt, mit einer Dichte von mindestens 1.500 Einwohner pro km² (bislang 500 E) und einer minimalen Bevölkerung von 50.000
- Klein- und Vorstädte = mitteldichtbesiedelt, mit einer Dichte von mindestens 300 Einwohnern pro km² (bislang 100 E) und einer Bevölkerung von mindestens 5.000 (bislang 50.000 E)
- ländliche Gebiete = dünnbesiedelt, die weder einem dicht besiedelten noch einem mitteldicht besiedelten Gebiet zugehören

Dieser Schlüssel soll von eurostat für die Ermittlung von Indikatoren und im Rahmen der räumlichen Aufgabenaufschlüsselung im kohäsionspolitischen Zeitraum 2014-2020 zur Anwendung kommen.

Die OECD definiert auf der Grundlage der Bevölkerungsdichte als überwiegend ländlichen Raum die Gebiete mit weniger als 150 Einwohnern je km².

Arbeitspapier von 2014 (Englisch, 28 Seiten) unter
<http://bit.ly/1ojeAPH>

GAP Arbeitspapier von 1997 unter
<http://bit.ly/1IH7GhS>

Territoriale Zusammenarbeit

In einer Broschüre sind 17 Projekte transnationaler Zusammenarbeit aufbereitet worden. Die vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung vorgelegte Veröffentlichung enthält Informationen für Kommunen, wie sie die Förderprogramme für die transnationalen Kooperationsräume für nachhaltiges Wachstum nutzen können. In den Informationen werden die Kooperationsräume sowie die beteiligten deutschen Projektpartner und deren Internetauftritte vorgestellt. Neben einer Vielzahl von grenzüberschreitenden Programmen gibt es in Deutschland sechs transnationale Kooperationsräume.

Broschüre (40 Seiten) unter
<http://bit.ly/Z6EGwD>

Aus den Europäischen Institutionen

Sitzungskalender des Parlamentes

Der Sitzungskalender des Europäischen Parlaments für 2015.

<http://bit.ly/1ltk1gA>

Verstöße gegen Urheberrechte

Die Kommission hat zwei Mitteilungen zum Schutz des geistigen Eigentums vorgelegt. Illegal hergestellte Produkte sind in der Regel von minderer Qualität, was z.B. bei gefälschten Medikamenten, elektrischen und elektronischen Produkten lebensgefährlich sein kann. Bei den Mitteilungen vom 1. Juli 2014 geht es um einen Aktionsplan zum Schutz im Innenbereich der EU und eine Strategie im Verhältnis zu Drittstaaten.

Allein im Jahr 2012 haben die Grenzkontrollbehörden in der EU in 90.000 Fällen Waren (= 40 Millionen Artikel, ca. 1 Milliarde Euro-Wert der echten Produkte) registriert, bei denen der Verdacht auf Schutzrechtsverletzung bestand (gegenüber weniger als 27.000 im Jahr 2005). Es gibt Schätzungen, dass 25% des weltweiten Internetverkehrs gegen Urheberrechte verstößt.

Pressemitteilung unter

<http://bit.ly/1kt3qn5>

Aktionsplan unter

<http://bit.ly/1qcUD0f>

Strategie unter

<http://bit.ly/U7BZYD>

aktuelle Konsultation unter

<http://bit.ly/1tZOHFT>

Zusammenfassung der Antworten (Englisch, 101 Seiten) unter

<http://bit.ly/1oc9sNQ>

Aus den Europäischen Institutionen

Bürokratiestopp

Die Fraktion der EVP will durch EU-Vorschriften verursachte Bürokratien verhindern. Als Sofortmaßnahme ist eine Beobachtungsstelle gegen bürokratische Exzesse gegründet worden, die als Fraktionsarbeitskreis jedes EU-Gesetz auf Überregulierung und Mittelstands-Tauglichkeit überprüfen soll. Des Weiteren sollen dem in der Kommission für bessere Rechtsetzung und Deregulierung zuständigen 1. Vizepräsidenten im Kampf gegen neue Bürokratien ein Vetorecht und klare Durchgriffsmöglichkeiten eingeräumt werden. Als langfristiges Ziel ist als institutionalisiertes Kontrollgremium die Einrichtung eines Europäischen Normenkontrollrats angedacht, der die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überwachen und die bürokratischen Folgekosten neuer EU-Vorschriften messen soll.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1r6p2fh>

EU in Zahlen

Die EU stellt 7% der Weltbevölkerung und 23% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, gefolgt von den USA (22,3%), China (12%) und Japan (8%). Diese Zahlen sind der Veröffentlichung von Eurostat "The EU in the world" entnommen, in der die EU und 15 der G-20 Staaten verglichen werden. Verglichen werden 13 Statistikbereiche, u.a. Lebenserwartung, Fruchtbarkeitsrate, Säuglingssterbeziffer, öffentliches Defizit, Milcherzeugung, Schienenpersonenverkehr und die Anzahl der beförderten Luftpassagiere.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1un1Tlb>

EU in Zahlen (Englisch, 178 Seiten) unter
<http://bit.ly/1mp21nG>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Luft- und Lärmmessung durch Jedermann

Mit einem Luft- und Lärmmesssystem soll für Jedermann die Eigenüberwachung der unmittelbaren Umgebungsumwelt möglich werden. Das ist das Ziel des mit 2 Mio. EUR geförderten EU-Projekts „EVERY-AWARE“. Im Ergebnis soll Jedermann mit einfachen Instrumenten Luftqualität und Lärmbelastung messen können. Es wurden zwei Apps für Smartphones entwickelt: „AirProbe“ überwacht die Belastung durch Luftverschmutzung und „WideNoise“ misst die Lärmbelastung. Beide Apps bieten die Möglichkeit zum Austausch von Informationen und Eindrücken sowie interaktive Karten. In ersten Praxistests haben Freiwillige im Rahmen eines Wettbewerbs in vier Städten – London, Antwerpen, Kassel und Turin – diese Technik erprobt, die nun in Schulen und für neue Studien eingesetzt und weiterentwickelt werden soll.

Pressemitteilung vom 07.08.2014 unter
<http://bit.ly/Wa9o6c>

Düngermittel - Phosphor

Die Nachhaltigkeit der Phosphorverwendung soll entlang der Versorgungskette signifikant gesteigert werden. Das ist Ziel einer Kommissionsinitiative. Das von Umweltkommissar Potocnik angekündigte Grünbuch zur Phosphoreffizienz soll der Auftakt für eine Debatte über künftig zu ergreifende Maßnahmen sein. Insbesondere sollte, so die Ankündigung, u.a. die Nutzung des Phosphors im Abwasser und Klärschlamm sowie Fragen der Phosphoreffizienz der Landwirtschaft thematisiert werden.

Die Produktivität der modernen landwirtschaftlichen Systeme hängt weitgehend von der Behandlung der Böden mit Phosphor in Form von Dünger sowie vom Phosphorzusatz in tierischen Futtermitteln ab. Phosphor als lebensnotwendiges Element kann weder künstlich hergestellt, noch durch etwas anderes ersetzt werden. Angesichts der Abhängigkeit Europas von Phosphorimporten ist eine nachhaltige Phosphorverwendung auf EU-Ebene von großem Interesse. Zustimmung finden daher Maßnahmen zur Wiedergewinnung von Phosphor aus biologisch abbaubarem Abfall, die Notwendigkeit einer strikteren Abfalltrennung und eine einheitlichen Regelung innerhalb der EU.

Konsultationsergebnisse vom 1.8.2014 unter
<http://bit.ly/1sP7bLR>

Europäische Phosphorkonferenz unter
<http://bit.ly/1pgla9Q>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Lebensmittel - App

Kurz vor der Markteinführung steht eine Lebensmittel-App als Wegweiser zu den besten Angeboten im nächsten Supermarkt. Dieses System benachrichtigt, wenn der Preis einer Ware gesenkt wird, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum näher rückt.

Mit der App können Produkte nach Wahl gesucht und aktuelle Angebote abgefragt werden. Verbilligen sich die ausgewählten Produkte, wird das in Echtzeit mitgeteilt. FoodLoop wird demnächst in Deutschland in zwei Bio-Supermärkten und einer Bäckerei in der Nähe von Bonn eingeführt. Ziel dieser neuen Entwicklung ist es, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und die Ressourceneffizienz des Lebensmittelsystems zu steigern. In diesem Zusammenhang hat die Kommission eine Mitteilung über ein nachhaltiges Lebensmittelsystem angekündigt

Pressemitteilung vom 06.08.2014 unter
<http://bit.ly/V1erF9>

App unter
<http://bit.ly/1pRJBew>

Neue Recycling-Ziele

Bis 2030 sollen 70% der Siedlungsabfälle und 80% der Verpackungsabfälle wiederverwertet und ab 2025 die Deponierung recycelbarer Abfälle verboten werden. Zusätzlich werden von der Kommission unverbindliche Ziele wie 30% Reduzierung von Lebensmittelabfällen bis 2025 und Beendigung der Deponierung von Siedlungsabfällen bis 2030 empfohlen. Weitergehend soll die Recyclingrate für Papier und Karton bereits 2025 90% betragen. In dem am 2. Juli 2014 vorgestellten Maßnahmenpaket zur Ressourcen- und Abfallpolitik sind auch neue Zielvorgaben für die Verringerung von Abfällen im Meer und für die Reduzierung von Lebensmittelabfällen enthalten. Das „Ende der Wegwerf-Gesellschaft“ würde zugleich, so die Kommission, 580.000 neue Arbeitsplätze schaffen und knappe Ressourcen schonen.

Vorschläge, mit denen die Mitgliedstaaten zu einer grundlegenden Neuorientierung der Recyclingwirtschaft verpflichtet werden sollen, hat die Kommission dem Parlament und Rat zur Beratung vorgelegt.

Pressemitteilung vom 02.07.2014 unter
<http://bit.ly/TOAwGX>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Lebensmittelsicherheit - Schnellwarnsystem

Der Gesamtbericht 2013 des Schnellwarnsystems für Lebensmittel- und Futtermittel (RASFF) liegt vor. Über das RASFF-System können Informationen zwischen den Mitgliedstaaten der EU schnell ausgetauscht werden, wenn in der Lebens- und Futtermittelkette ein Risiko für die menschliche Gesundheit festgestellt wird. 2013 gingen insgesamt 3.137 Meldungen ein, davon 331 aus Deutschland und 46 aus Österreich. Die Gesamtzahl der Meldungen sank 2013 im Vergleich zu 2012 mit 3.431 Meldungen um 9%.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1jGDPqi>

RASFF 2013 (Englisch, 45 Seiten) unter
<http://bit.ly/1hTjHG4>

Allg. zu RASFF unter
<http://bit.ly/1o49jJe>

Umweltfreundliche Beschaffung

Kommunen erhalten im Bereich der grünen Beschaffung kostenfreie Beratung. Außerdem ist es möglich, sich bei Ausschreibungen von sog. Leuchtturmprojekten in den Bereichen Bauen, IT und Beleuchtung professionell begleiten zu lassen. Das EU Programm Green ProcA unterstützt insbesondere Städte und Gemeinden, die Mitglied im Konvent der Bürgermeister sind und einen Aktionsplan für nachhaltige Energie (SEAP) aufgestellt haben. Programmziel ist es, die Öffentliche Beschaffung umweltfreundlicher und insgesamt „grüner“ zu machen.

Webseite unter
<http://gpp-proca.eu/de/>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Baumaschinen

Mobile Maschinen, z.B. Baumaschinen, sollen durch Verschärfung der Emissionsgrenzwerte umweltfreundlicher werden. Das sieht eine Verordnung vor, die nicht nur die Senkung der Emissionen, sondern zugleich eine Vereinfachung durch Typengenehmigung ermöglichen soll. Der heute bestehende Flickenteppich von 28 einschlägigen nationalen Regelungen und eine komplexe EU-Richtlinie (RL 97/68/EG) aus dem Jahr 1997 sollen ersetzt werden. Bei den mobilen Maschinen mit sog. Offroad-Motoren handelt es sich um Fahrzeuge und Geräte, die nicht für den Straßenverkehr zugelassen sind. Darunter fallen z.B. Baumaschinen, landwirtschaftliche Maschinen und sogar Triebwagen, Lokomotiven und Binnenschiffe, aber auch Gartengeräte, wie Rasenmäher oder Kettensägen.

Die in den mobilen Maschinen und Geräte eingebauten Motoren tragen erheblich zur Luftverschmutzung bei. Auf sie entfallen etwa 15% des Ausstoßes an Stickoxiden (NOx) sowie 5% der Emissionen an Partikelmaterie (PM) in der EU.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1s3tIUW>

Verordnungsentwurf unter
<http://bit.ly/1xWovki>

RL 97/68/EG unter
<http://bit.ly/1vHuy7S>

Junglandwirte

Es gibt ein Online-Portal für Junglandwirte und Jugend in den ländlichen Gebieten der EU. Junglandwirte spielen für die Lebendigkeit und wirtschaftliche Leistung in den ländlichen Regionen eine zentrale Rolle. Junglandwirte machen jedoch nur noch 6% der aktiven Landwirte in der EU aus. Deshalb bietet der Landwirtschaftsfonds (E-LER) Maßnahmen zur Förderung der Niederlassung von Junglandwirten, aber auch aktive Unterstützungsangebote, Schulungen, Dienstleistungen und Informationsmöglichkeiten.

In der EU sind in der Landwirtschaft die Zahl der Vollarbeitsplätze von 2000 - 2012 um 4,8 Mio. auf 10,1 Mio zurückgegangen. Dabei entfielen 70% der weggebrochenen Arbeitsplätze auf die 12 Mitgliedstaaten, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind. In Deutschland betrug der Rückgang 159.000 (-23 %) auf 525.000 Vollzeitkräfte im Jahr 2012.

Portal unter
<http://bit.ly/1mPcNux>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Pferdepass - strengere Regeln

Künftig müssen bereits Fohlen mit einem Pass und einem Mikrochip ausgestattet werden. Der Pass dient auch als Krankenakte und wird das Pferd lebenslang begleiten. Als weitere Reaktion auf den Pferdefleischskandal muss jeder Mitgliedstaat eine zentrale Datenbank einrichten, um die Pass- und Chipangaben besser austauschen und kontrollieren zu können. Damit soll verhindert werden, dass nicht für den menschlichen Verzehr bestimmtes Pferdefleisch in der Lebensmittelkette landet.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1uvWu1u>

Weiteres zu Pferdepässen unter
<http://bit.ly/1pzk4m6>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Kohäsionsbericht

Die Kommission hat den sechsten Kohäsionsbericht vorgelegt. In diesem Bericht werden die Schwerpunkte der Investitionen von 2014 bis 2020 aufgezeigt und dargestellt, was in den letzten sieben Jahren mithilfe der EU-Kohäsionsfonds erreicht worden ist. In der nächsten Finanzperiode 2014-2020 stehen 351 Mrd. Euro zur Verfügung, davon für Deutschland rund 19 Mrd. Euro. Die Investitionen sollen sich auf Schlüsselbereiche wie CO₂-arme Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Innovation und Beschäftigung sowie soziale Eingliederung konzentrieren

Allein für den Übergang zu einer umweltfreundlicheren CO₂-armen Wirtschaft stehen 38 Mrd. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung. Die Ausgabenpläne und „Partnerschaftsvereinbarungen“ der Mitgliedstaaten sehen vor, dass die europäischen KMU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit bis zu 33 Mrd. EUR unterstützt werden sollen. Über 80 Mrd. EUR werden über den Europäischen Sozialfonds und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in Humankapital investiert. Mindestens 20 % der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sollen in eine bessere soziale Eingliederung und die Bekämpfung von Armut investiert werden.

Pressemitteilung vom 23.07.2014 unter
<http://bit.ly/1C1Ffqy>

Mitteilung zum Kohäsionsbericht vom 23.07.2014 unter
<http://bit.ly/1vzMcC>

App für Verkehrsvorschriften

Es gibt eine App mit allen Verkehrsvorschriften in den 28 Mitgliedstaaten. Die App ist für iPhone, iPad, Android und Windows Phone verfügbar. Damit stehen dem Urlauber bei Auslandsfahrten landesspezifische Informationen zur Verfügung, z.B. über Geschwindigkeitsbegrenzungen, mitzuführende Sicherheitsausrüstung, Promillegrenzen und die Handybenutzung am Steuer.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1j1dDM7>

Download der App unter
<http://bit.ly/1pJouc8>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Verkehrsdelikte

Es gibt eine neue Rechtsgrundlage zur europaweiten Vollstreckung von im EU-Ausland begangenen Verkehrsverstößen. Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Halterdaten bei bestimmten Verkehrsverstößen den Behörden des Mitgliedstaates zur Verfügung zu stellen, in dem der Verkehrsverstoß begangen worden ist. Damit können nach wie vor folgende Verkehrsverstöße erfasst und von den Mitgliedstaaten europaweit verfolgt werden:

Geschwindigkeitsübertretungen, Nichtanlegen des Sicherheitsgurts, Überfahren eines roten Lichtzeichens, Trunkenheit im Straßenverkehr, Fahren unter Drogeneinfluss, Nichttragen eines Schutzhelms, unbefugte Benutzung eines Fahrstreifens und rechtswidrige Benutzung eines Mobiltelefons beim Fahren.

Jeder EU-Mitgliedstaat kann in diesen Fällen in jedem anderen Mitgliedstaat auf nationale Zulassungsdaten zugreifen, um jene Person ausfindig zu machen, die für das Delikt haftbar ist. Die Strafverfolgung und Höhe des Bußgelds entsprechen den Regeln des Staates, in dem die Übertretung begangen wurde. Es geht bei der europaweiten Ahndung nur um Bußgelder, nicht aber um die Einziehung von Fahrerlaubnissen oder anderen Sanktionen. Strafpunkte in Flensburg gibt es daher weiterhin nur für Inlandsverstöße.

Pressemitteilung vom 22.07.2014 unter
<http://bit.ly/1nhJaJ4>

Pressemitteilung vom 15.4.2014 unter
<http://bit.ly/10iC8MH>

Binnenmarkt - Hindernisse

Innerhalb der EU erschweren zahlreiche bürokratische Hürden für deutsche (insbes. Bau-) Unternehmen das Auslandsgeschäft. Das zeigen 30 Beispiele aus zehn EU-Staaten, die der DIHT über die deutschen Auslandshandelskammern ermittelt hat. Generell ist danach u.a. das Verfahren zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen äußerst unübersichtlich. Hinzu kommen Tarifbindungen im Zielland, sowie unterschiedliche Steuergesetze und Versicherungspflichten. Trotz einheitlicher Rahmenbedingungen variieren die Anforderungen bei der steuerlichen Registrierung, der Anmeldung und sozialen Absicherung von Mitarbeitern oder Regeln für den Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz. Umfangreiche Erschwernisse wurden für Belgien und Dänemark gemeldet.

Pressemitteilung und Umfrage unter
<http://bit.ly/1qyYpRi>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Meeresbodenkartierung

Der gesamte Boden der europäischen Meeresgebiete soll kartiert werden. Das ist der Kernansatz des Aktionsplans zur Innovation in der „blauen Wirtschaft“. Mit der umfassenden Kartierung werden die Voraussetzungen für maritime Raumordnungspläne geschaffen, die nach der Entscheidung des Parlaments vom 17.4.2014 bis 2021 von den EU-Staaten aufzustellen sind.

Diese Richtlinie enthält Mindestanforderungen an die Erstellung maritimer Raumordnungspläne, die den Zugang zum Meeresraum für Investoren verbessern und mehr Planungssicherheit in Bezug auf das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial als Quelle von Lebensmitteln, Arzneistoffen oder Energie verschaffen soll.

Zurzeit sind Meeresdaten über hunderte von Einrichtungen in Europa verstreut. Es ist schwer, Daten zu einem bestimmten Parameter in einem bestimmten Gebiet zu finden, es ist kompliziert, eine Genehmigung für ihre Nutzung einzuholen, und es ist zeitaufwändig, inkompatible Daten aus unterschiedlichen Quellen zu einem Bild zusammenzustellen.

Pressemitteilung vom 08.05.2014 unter
<http://bit.ly/1qDtktP>

Mitteilung der Kommission unter
<http://bit.ly/VsGvHu>

Logistikranking

Deutschland ist 2014 wieder die Nr.1 in der Weltrangliste der Logistikstandorte, gefolgt von den Niederlanden, Belgien und England. Damit verbesserte sich Deutschland 2014 gegenüber 2012 von Platz 3 auf die Spitzenposition, während sich Singapur von Platz 1 auf Platz 5 und Österreich von Platz 11 auf Platz 22 verschlechterte. Deutschland war bereits 2010 Spitzenreiter, nach Platz 3 im Jahr 2007. Für das Ranking werden über 160 Länder auf Faktoren wie Zollabfertigung, Verkehrs- und IT-Infrastruktur, Dienstleistungsqualität, Möglichkeiten zur Sendungsverfolgung und Pünktlichkeit untersucht.

Ranking 2014 unter
<http://bit.ly/1jCxQb4>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Energieeffizienz

Die Kommission hat ein umfassendes Informationspapier zur Energieeffizienz vorgelegt. In diesem Memo sind alle Informationen und Fakten in gut verständlicher Form gebündelt, die bei der Entscheidung über das Energieeffizienzziel 2030 eine Rolle spielen. Die Kommission hat für 2030 ein EU-Energieeinsparziel von 30% (gegenüber 1990) vorgeschlagen. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben in ihrer Oktober-Ratssitzung entschieden, dass das vorgeschlagene 30% - Ziel verbindlich sein soll. Wie sich die neue Kommission und das neue Parlament zu diesem Beschluss positionieren und welche konkreten Gesetzgebungsvorschläge die Kommission vorlegen wird, bleibt abzuwarten.

Die größten Energieeinsparpotenziale liegen im Gebäude- und Mobilitätsbereich. Wenn auf die Verringerung von Diesel und Benzin im Transportbereich gesetzt würde, würde das hohe Folgekosten bei den Unternehmen auslösen. Wird bei der Erreichung des Einsparziels von 30% auf den Gebäudebereich gesetzt, würde das erhebliche Investitionen insbesondere in die Sanierung von Altbauten zur Folge haben. Mit einem Gesetzesvorschlag der Kommission wird Anfang 2015 gerechnet.

Memo vom 27.07.2014 unter

<http://bit.ly/1pLdihl>

Pressemitteilung vom 27.07.2014 unter

<http://bit.ly/1mV4csU>

Mitteilung (Englisch, 17 Seiten) vom 23.7.2014 unter

<http://bit.ly/1pJDGWI>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Breitband - Netzwerkgemeinschaften

Den Kommunen soll beim Ausbau von schnellen Breitbandnetzen geholfen werden. Im Rahmen der Initiative „Vernetzte Gemeinschaften“ konnten sich Kommunen, lokale Breitband-Partnerschaften und Betreiber in Finanzierungsfragen und bei der Ausarbeitung von Geschäftsmodellen durch Experten beraten lassen.

Die bis zum 15.10.2014 eingereichten Projekte wurden in drei Kategorien eingeteilt („gut, mittel, noch ausbaufähig“) und die Ergebnisse der Bewertung wurden am 01.11.2014 den Bewerbern mitgeteilt.

In einer zweiten Phase bis 31.12.2014 werden weitere Informationen eingeholt. Nach Prüfung der Projekte durch die Weltbank ist für Ende Februar 2015 die Auswahl der besten Projekte für eine technische Unterstützung geplant.

Nach der digitalen Agenda sollen bis 2020 100% der EU-Haushalte über einen Breitbandanschluss mit 30 Mbit/s und 50% mit 100 Mbit/s oder darüber verfügen. Z.Zt. stehen nur 64% der EU-Haushalte 30 Mbit/s und nur 3% 100 Mbit/s zur Verfügung.

Pressemitteilung unter

<http://bit.ly/1qnr47S>

Weitere Informationen unter

<http://bit.ly/1oWH80W>

Antragsformulare unter

<http://bit.ly/1ksuR01>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Tankstellen

Künftig müssen Tankstellen alternative Kraftstoffe anbieten. Die vom Europäischen Parlament verabschiedete Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe betrifft den Ausbau von Tankstellen, Ladestationen und Bunkerstationen für Flüssigerdgas (LNG), komprimiertes Erdgas (CNG) und Strom für Landfahrzeuge und Schiffe. Bereits bis Ende 2016 müssen die Mitgliedstaaten in enger Zusammenarbeit mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Pläne für die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen aufstellen und ihre nationalen Strategierahmen vorlegen. Je nach Kraftstoff, Fahrzeugart und Einsatzgebiet muss die konkrete Umsetzung zwischen 2020 und 2030 erfolgen.

Die Verbraucher müssen klare Angaben über die in einem Fahrzeug verwendbaren Kraftstoffe erhalten. Ferner sollen den Verbrauchern genaue Informationen bereitgestellt werden, damit sie die Preise alternativer und herkömmlicher Kraftstoffe miteinander vergleichen können.

Pressemitteilung vom 29.9.2014 unter
<http://bit.ly/1pDv16a>

Parlament vom 15.4.2014 unter
<http://bit.ly/1tdnL38>

Förderung und Termine

Gruppenfreistellungsverordnung - Kommunalbereich

Beihilfen für wichtige kommunale Bereiche sind künftig von der Anmeldungs- und Genehmigungspflicht freigestellt. Damit entfallen aufwändige Antragsverfahren bei der EU-Kommission. Die überarbeitete Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) legt fest, unter welchen Bedingungen die Anmeldepflicht entfällt. Die deutlich erweiterte Freistellung der am ab 1. Juli 2014 in Kraft getretenen AGVO betrifft u.a.

- Umweltbeihilfen für gebäudebezogene Energieeffizienzprojekte
- Lokale Infrastruktur, wenn der Zugang offen, transparent und diskriminierungsfrei gewährt wird;
- Breitbandbeihilfen für den Ausbau der Breitbandversorgung, wenn die Investition in einem Gebiet getätigt wird, in dem keine Infrastruktur derselben Kategorie vorhanden ist und eine solche in den folgenden drei Jahren unter Marktbedingungen voraussichtlich auch nicht aufgebaut wird.

Die Kommission schätzt, dass nach der überarbeiteten AGVO rund drei Viertel der derzeitigen Beihilfemaßnahmen und rund zwei Drittel der Beihilfebeträge von der Anmeldepflicht freigestellt sein werden.

Pressemitteilung vom 21.05.2014 unter
<http://bit.ly/1rdBVFI>

AGVO vom 17.06.2014 unter
<http://bit.ly/1mYSVNO>

EU - Finanzierungsportal

Die Webseite über den Zugang zu EU-Finanzierungen wurde erweitert. Jetzt sind auch die Fördermöglichkeiten des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) berücksichtigt. Damit gibt es für Unternehmern einfache, vollständige und aktuelle Informationen über den Zugang zu über 100 Mrd. EUR an EU-Finanzmitteln aus verschiedenen Programmen.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1o3LscW>

Finanzierungsportal unter
<http://bit.ly/1gBBDSn>

Förderung und Termine

Verwaltung - Digitalisierung

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen europäischen Verwaltungen soll durch weitere Digitalisierung verbessert werden. Diesem Ziel dient der dem Europäischen Parlament vorliegende Vorschlag, das Ende 2015 auslaufende Programm „Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen“ neu aufzulegen. Mit dem Förderprogramm ISA2 sollen insbesondere elektronische Schranken überwunden werden, die den Bürger oder Unternehmen bei ihrer Tätigkeit im EU-Ausland daran hindern, öffentliche Dienstleistungen effizient in Anspruch zu nehmen.

Das am 26.6.2014 veröffentlichte Programm ISA2 verfügt im Zeitraum 2016-2020 über 131 Mio. € Fördermittel.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1obOsCO>

ISA2 (Englisch, 45 Seiten) unter
<http://bit.ly/1lmwRpS>

eGovernment Report 2014 unter
<http://bit.ly/1irpugr>

Bildung und Soziales

Strategiepapier Kulturerbe

Die Kommission hat eine Mitteilung „Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas“ vorgelegt. Damit ist sie der Aufforderung der EU-Kultusminister nachgekommen, eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Kulturerbes in der EU vorzulegen und eine Strategie für das Vorgehen im Bereich des Kulturerbes zu entwickeln. Kernaussage der Mitteilung vom 22.7.2014 ist die Feststellung, dass das kulturelle Erbe in Europa auch eine Ressource für intelligentes Wachstum und Beschäftigung ist. Es wird dargelegt, welches Konzept der EU für das kulturelle Erbe in verschiedenen Politikbereichen zugrunde liegt und welche Instrumente auf EU-Ebene verfügbar sind. Damit sollen die nationalen und regionalen Anstrengungen unterstützt und Europa zu einem „Labor“ für kulturerbebasierte Innovationen gemacht werden. Der Mitteilung ist ein „Mapping report“ beigefügt, der für den Kulturerbe-Sektor ausführlichere Informationen über EU-Politik und EU-Förderung enthält.

Die Presseerklärung vom 22.07.2014 unter
<http://bit.ly/1mLDvb9>

Der Kultusminister vom 2.5.2014 unter
<http://bit.ly/YW04EE>

Qualifikationspass für Gastgewerbe

In der EU ist ein Qualifikationspass für das Gastgewerbe eingeführt worden. Damit soll die Suche nach freien Stellen und qualifiziertem Personal für Arbeitsuchende und Arbeitgeber im Gastgewerbe und im Tourismusbereich leichter und Kompetenzen der Bewerber in dieser Branche besser vergleichbar werden. Im Qualifikationspass können Arbeitnehmer alle erworbenen Qualifikationen und praktische Arbeitserfahrungen sowie persönliche Kompetenzen eintragen, die sie in Ausbildung und Beruf erworben haben. Der Pass ist dem traditionellen Lebenslauf beizufügen und ermöglicht den Arbeitgebern, die qualifizierten Arbeitskräfte zu finden, die sie für die Besetzung ihrer freien Stellen benötigen. Ein solcher Pass soll auch für andere Branchen eingeführt werden.

Der Qualifikationspass steht auf dem Europäischen Portal zur beruflichen Mobilität EURES in allen EU-Amtssprachen zur Verfügung.

Pressemitteilung vom 17.06.2014 unter
<http://bit.ly/1mDpCdJ>

Bildung und Soziales

Erasmusprogramm wächst

Die Zahl der über das Erasmusprogramm geförderten Studien- oder Praktikumsaufenthalte im Ausland steigt. Im Studienjahr 2012/2013 wurden fast 270.000 Auslandsaufenthalte angehender Akademiker drei bis zwölf Monate gefördert. Erasmus ist aber nicht allein ein Austauschprogramm für Studierende. So erhielten 2012/2013 aus dem Programm weitere 52.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Forschung, Lehre und Verwaltung Fördermittel für Lehr- oder Weiterbildungsaufenthalte im Ausland.

Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1reC9dN>

Statistik 2012/2013 unter
<http://bit.ly/1msPiKh>

Erasmus „zahlt“ sich aus

Ein Studium oder Praktikum im Ausland erhöht die Berufschancen. Das belegt eine umfassende Studie zu den (Nach-) „Wirkungen eines Stipendiums des EU-Austauschprogramms Erasmus“. Der Studie liegt die Befragung von 80.000 Studierenden und Unternehmen aus 34 europäischen Ländern zugrunde. Danach erhalten einstige Erasmusstipendiaten schneller einen Arbeitsplatz und werden seltener arbeitslos. Mit einem ganz besonders nachhaltigen Ergebnis wartet schließlich die Kommission auf: Nach ihren Schätzungen sind seit Programmbeginn 1987 etwa eine Million Kinder aus Erasmus-Partnerschaften hervorgegangen.

Erasmus Studie (Englisch, 229 Seiten) unter
<http://bit.ly/1qZLxne>

Wichtige Ergebnisse unter
<http://bit.ly/1BJ9v6G>

Bildung und Soziales

Studentenvisum

Studenten aus aller Welt haben in allen EU Staaten ein bevorzugtes Aufenthaltsrecht zu Studienzwecken. Die Voraussetzungen für ein entsprechendes Studentenvisum von mehr als drei Monaten sind abschließend geregelt. Es ist den Mitgliedstaaten daher nicht erlaubt, zusätzliche Zulassungsbedingungen einzuführen. In dem vom EuGH am 10.9.2014 (C-491/13) entschiedenen Fall, ging es um einen tunesischen Mathematikstudenten, dem die deutschen Behörden ein Studentenvisum verweigert hatte. Der EuGH stellte demgegenüber fest, dass der Student alle von der Richtlinie vorgesehenen Bedingungen erfüllt und auch keine Bedrohung für die öffentliche Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit darstellt. Das Studentenvisum war daher zu erteilen.

Pressemitteilung EuGH unter
<http://bit.ly/1pzjQeU>

Urteil EuGH vom 10.9.2014 unter
<http://bit.ly/1DLRjNE>

Richtlinie vom 13.12.2004 unter
<http://bit.ly/1rsStXO>

Patientenportal – EU Ausland

Ein Internetportal informiert über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zwischen Deutschland und dem EU-Ausland. Informationsgrundlage der wettbewerbsneutralen Plattform sind die einschlägigen europäischen und nationalen Vorschriften. Beantwortet werden u.a. folgende Fragestellungen:

- Welche Möglichkeiten bestehen für eine Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat, EWR-Staat oder in der Schweiz? Welche Vor- und Nachteile haben diese? Welche Risiken sind damit verbunden?
- Welche Ansprüche haben Patienten, die aus anderen EU-Staaten nach Deutschland zur Behandlung kommen? Worauf ist zu achten, wenn diesen Personen eine Verordnung ausgestellt wird und wie erfolgt die Abrechnung der Kosten?

Patientenportal unter
<http://www.eu-patienten.de/>

Sicherheit

EU-Staatsanwaltschaft

Der Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft (EU-StA) liegt in deutschem Interesse. Die im Vertragswerk von Lissabon vorgesehene EU-Staatsanwaltschaft (Artikel 86 Absatz 1 Satz 2 AEUV) soll Straftaten zulasten des EU-Haushalts verfolgen, z.B. bei Veruntreuung von Fördergeldern. Diese unabhängige Strafverfolgungsbehörde soll die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können, wie die Durchsuchung von Räumen und Computersystemen, die Beschlagnahme von Gegenständen und das Abhören von Telefongesprächen. Das steht aber unter der Voraussetzung, dass die einzelnen Maßnahmen von dem zuständigen nationalen Gericht genehmigt werden. Die EU-StA soll in ihrem Zuständigkeitsbereich für das gesamte Strafverfahren von der Einleitung, den Gang und den Abschluss des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bis hin zu der Entscheidung über Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens zuständig sein. Die Verfahren selbst sollen vor den zuständigen nationalen Gerichten stattfinden.

Deutschland als der größte Netto-Zahler der EU hat ein besonderes Interesse an der Verfolgung von Straftaten zu Lasten der finanziellen Interessen der EU. Nach dem derzeitigen Beratungsstand kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitgliedstaaten für die Errichtung einer EU-Staatsanwaltschaft votieren. Die Einführung einer EU-StA muss aber nicht zwingend EU-flächendeckend sein, sofern sich mindestens neun Staaten daran beteiligen.

Entschließung Parlament vom 12.3.2014 unter
<http://bit.ly/VHNOG9>